

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe juli/august 2005



Herausgeber, V.i.S.d.P.
Henner Schmidt
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Strasse 8
10117 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Anno Blissenbach, Jan Valentin Deichsel, Violetta Hartmann, Gaby Heise, Maren Jasper, Volker Jürgensen, Kurt M. Lehner, Katja v. Maur, Peter Pawłowski, Martina Rozok, Christoph Santl, Henner Schmidt, Stefan Scholz, Tim Stuchtey, Corvin Tolle

Autoren dieser Ausgabe

Sonning Augsttin, Thomas Plechatsch-Waterstraadt, Anna Schwan, Herrmann Otto Solms, Petra Weckel

Leserbriefe

Sören Rößner, Sascha Tamm

FDP in Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.liberalweb.de
www.fdp-friedrichstadt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de
www.fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen geben die Meinung ihres Autors wieder, nicht die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe juli/august 2005
www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte, aller Voraussicht nach steht uns in den kommenden Monaten ein Wahlkampf zum Deutschen Bundestag mit Höhepunkt – nomen est omen – am 18. September um 18 Uhr bevor. Damit eröffnet sich der Partei der Freiheit eine große Chance, unserem Land eine liberale und zukunftsweise Gestalt geben zu können.

Diese Chance muss allerdings auch ergriffen werden. Programmatisch hat die FDP die Voraussetzung untadelig geschaffen: Intelligente, schlüssige, intellektuell aufrichtige und umfassende liberale Konzepte liegen in allen Politikfeldern ausgearbeitet vor. Personell sind wir imstande und willig, Schwerpunkten ein überzeugendes und fachkompetentes Gesicht zu geben, so etwa zu Finanzen Herrmann Otto Solms, zum Arbeitsmarkt Dirk Niebel, zur Außenpolitik Wolfgang Gerhardt.

Offen ist derzeit alleine der – allerdings elementare – Schritt der einzigen ganzheitlich freiheitlichen Partei, sich nun den Wählerinnen und Wählern als ebenso entschlossener wie eigenständiger Träger politischen Willens zu kommunizieren. Vorbildlich, wie der LV Berlin und unser Landesvorsitzender Markus Löning MdB in personam in der Partei (und der BT-Fraktion) für die Partei wirbt. LC wird den Wahlkampf für eine liberale Zukunftsgestaltung in Deutschland durch ein Extrablatt unterstützen, welches Anfang August zum Auftakt der heißen Phase erscheinen soll. Anderen FDP-Bezirksverbänden in Berlin soll auf Wunsch die Möglichkeit gegeben werden, eine Edition für ihren BV zu erhalten.

Sehr erfreulich ist, dass der Neumitglieder-Boom in Mitte weiter anhält. In 2005 hatten bislang die Ortsverbände Oranienburger Tor und Wilhelmstadt besonders viele Eintretende begrüßen können, welche denn auch die Federführung zu dem unterhaltsamen Neumitgliedertag mittiger Ortsverbände übernahmen. Mit vielen engagierten neuen Parteifreundinnen und Parteifreunden darf der Bezirksverband um so zuversichtlicher in die Zukunft blicken.

Anlass zu Freude ist es auch, dass die Wilhelmstädtter Ortsvorsitzende, BVV-Abgeordnete und Beisitzerin im Bezirksvorstand, Violetta Hartmann, genesen und frisch in die politische Arbeit zurückkehren konnte.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

**Nie wieder dürften wir uns so klein machen,
dazu aufzurufen, FDP zu wählen, nur damit
Helmut Kohl Kanzler bleibt.**

Guido Westerwelle

Lagebericht des Vorsitzenden

Begeisterung für eine liberale Zukunft

von Henner Schmidt

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, der Wahlkampf ist bereits in vollem Gange, das Wahlkampfteam in Mitte freut sich über Ihre Ideen und Ihre Mitarbeit.



Inzwischen haben wir auch die Personen gewählt, mit denen wir in Mitte und Berlin in die Wahlkampfauseinandersetzungen ziehen werden. Mit Tim Stuchey haben wir einen Kandidaten für Mitte gefunden, der mit seinem langjährigen Engagement in der Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik ein ganz wesentliches Feld liberalen Gestaltungswillens abdeckt. Auf der Landesliste konnte Tim Stuchey sich auf Platz 4 in einem knappen Duell durchsetzen, auf Platz erzielte 3 Gaby Heise aus unserem Bezirksverband, die im Wahlkreis Pankow atraitt, eine solide Mehrheit. Menschen aus unserem Bezirksverband werden damit den Auftritt der FDP in Berlin wesentlich mitgestalten. Dabei sollten wir alle sie unterstützen.

Landesliste der Berliner FDP zur BTW

01. Markus Löning MdB
02. Hellmut Königshaus MdB
03. Gabriele Heise
04. Dr. Tim Stuchey
05. Hartmut Ebbing
06. Christopher Paun
07. Christa Mientus
08. Kai Gersch
09. Andrea Spangenberg
10. Sylvia Maria von Stieglitz
11. Alexandra Thein
12. Dr. Stefan Feuerstein

Die große Geschlossenheit des Bezirksverbandes auf der Landeswahlversammlung hat uns viel Respekt innerhalb der Partei eingetragen. Jetzt müssen wir uns ebenso geschlossen – und entschlossen – den Wählern zuwenden.

Dabei ist es wesentlich, dass wir auch im Detail zeigen, dass wir konkret umsetzbare Ideen haben. Dass wir die besten Konzepte entwickeln, glauben uns viele, dass wir sie auch konsequent und handwerklich sauber in die Realität umsetzen, davon müssen wir die Menschen immer wieder überzeugen. Auch etwas mehr positive

Emotion zu zeigen, könnte unserer FDP nicht schaden: Wir müssen die Menschen überzeugen, dass wir keine abstrakten Pläne umsetzen, sondern ihre Probleme ernst nehmen und auf sie als Partner eingehen.

Es ist deshalb wichtig, nicht nur allgemein über Umwelt- oder Sozialpolitik zu reden, sondern den Menschen in ihrem persönlichen Lebensumfeld deutlich zu machen, was das für sie ganz konkret bedeutet. Gute und konkrete Beispiele zur Umsetzung liberaler Überzeugungen und Prinzipien in sichtbare Ergebnisse hat unsere BVV-Fraktion geliefert: Die Unterstützung für freie Schulen und wirtschaftliche Vielfalt wie auch der Einsatz für eine menschenfreundliche Verkehrspolitik zeigen vielen Menschen, dass wir mit unseren Überzeugungen positive Veränderungen bewirken. Auch auf der Landes- und Bundesebene brauchen wir eine stärkere Veranschaulichung, was liberale Politik bringen kann: Da muss es dann auch um bürgerliche Selbstverantwortung, mehr persönliche Freiheitsräume und die Freude am Experimentieren mit neuen Ideen gehen, nicht nur um „mehr Netto für alle“ und Haushaltssanierung.

Die Begeisterung für liberale Überzeugungen zu wecken und die Entwicklung der vielen nötigen konkreten Ideen zu ermöglichen, gelingt am besten, wenn sich möglichst viele von Ihnen aktiv beteiligen. Zeigen Sie an den Wahlkampfständen und in Ihrer persönlichen Umgebung, dass die Begeisterung für eine liberale Zukunft ansteckend ist. Es macht Spaß, unser Land zum Besseren zu verändern!

Henner Schmidt (OV Friedrichstadt) ist Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte

Bundestagswahl 2005 – machen Sie mit!

Der Landeswahlleiter sucht noch Bürger, die am Wahltag, voraussichtlich 18. September, als Wahlhelfer tätig sein wollen. Dies bedeutet die Mitarbeit in einem Wahllokal – tagsüber beim Abstimmen und ab 18 Uhr beim Auszählen. Interessenten wenden sich an unsere BVV-Fraktion, Telefon 2009 24 365, weitere Kontaktinformationen www.fdp-fraktion-mitte.de

Vor den Wahlsieg haben die Götter den Wahlkampf gesetzt. Wenden Sie sich dabei auch an Ihre(n) Ortsvorsitzende(n) mit der Bitte, Ihnen Möglichkeit zum handfesten Engagement für die liberale Sache zu geben. Kontaktadressen finden Sie z.B. unter www.fdp-mitte.de

Kommentar aus Mitte

Zum Stand der deutschen Außenpolitik

von Anna Schwan

Seit der Krise um den Irak-Krieg ist der Kurs der deutschen Außenpolitik heftig umstritten. Die klare Dissonanz mit den USA seit dem Bundestagswahlkampf 2002 zerschmiss nicht nur unnötig transatlantisches Porzellan, sie machte die Abkehr der Regierung von den traditionellen außenpolitischen Axiomen atlantische Bindung und europäische Einigung deutlich. Zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erklärte ein deutscher Kanzler, dass die deutsche Außenpolitik allein nach deutschen Interessen entschieden werde – notfalls auch im Konfrontationskurs zu den Verbündeten. Grund für diese polternde Politikfindung ist das Problem der Rot-Grünen Außenpolitik: Ein einheitlicher Kurs fehlt. Das gilt für die Europa- und die Sicherheitspolitik und erst recht für die transatlantischen Beziehungen.

Eine Neuausrichtung der Außenpolitik ist dringend notwendig, um der veränderten geopolitischen Lage Rechnung zu tragen. Zwei deutliche Verschiebungen hat es seit 1989 im internationalen Umfeld gegeben: Den Fall des Kommunismus und die Terroranschläge des 11. September. Sie haben die politische Landkarte neu geordnet. Auf die Utopie der einen Welt, die nach 1989 durch den Wegfall der Sowjetunion und die Erstarkung der USA als einziger verbleibender Weltmarkt entstanden war, folgte die Ernüchterung und der Schrecken von 9/11. Die neue internationale Bedrohung geht nicht mehr von Nationalstaaten aus, sie ist asymmetrisch. Es ist ein Kampf der Werte, der Normen und Moralvorstellungen, der im 21. Jahrhundert mit mittelalterlicher Heftigkeit entbrannt ist und dem der Westen geeint begegnen muss, will er seine Positionen durchsetzen und Demokratie, Menschenwürde und Humanität in der Welt fördern.

Dass es notwendig ist, diese Positionen durchzusetzen, darüber herrscht in der westlichen Welt Einigkeit, nur das Wie ist fraglich. Die deutsche Außenpolitik bietet wenig Antworten. Die poli-



tisch Verantwortlichen sind der Strategiediskussion um die Neuorientierung der Außenpolitik ausgewichen. Die Folge dessen sind Ad-hoc-Entscheidungen und ein Flickenteppich deutscher Interventionen: Von internationalen Einsätzen der Bundeswehr über die Definition der NATO und die Irak-Frage bis zur Haltung zur EU-Erweiterung und zur Zukunft der Europäischen Union nach dem Scheitern der gemeinsamen Verfassung bestimmen Fragezeichen die außenpolitischen Planungen von Rot-Grün.

Die Strategierosigkeit ist fatal und verunsichert Deutschlands Verbündete. Zu Recht fragt man sich in den USA, wie es sein kann, dass Russlands Präsident Putin in Meinungsumfragen in Deutschland als demokratischer angesehen wird als sein amerikanischer Kollege George W. Bush; zu Recht fühlt sich Großbritannien vom ‚Weimarer Dreieck‘ – aus Deutschland, Frankreich und Polen – an die Ententepolitik des 19.

Jahrhunderts erinnert; zu Recht ist man in Brüssel verwundert über die deutschen Bemühungen um einen eigenen Sitz im UN-Sicherheitsrat, in dem Europa ohnehin schon überproportional vertreten ist – gerade von Deutschland hatte man Lobbying für einen gemeinsamen europäischen Sitz erwartet, durch den eine gemeinsame europäische Außenpolitik für die Welt endlich sichtbar werden würde.

Die deutsche Außenpolitik des 21. Jahrhunderts darf nicht in Ad-hoc-Reaktionen erstarren. Sie muss ihre traditionellen Maximen weiterentwickeln und den neuen geopolitischen Bedingungen anpassen. Sie muss Antworten auf die Fragen finden, welche von ‚asymmetrischen Gefahren‘ und Globalisierung aufgeworfen werden. Anstatt einem gaullistischen Europabild als Gegenpol zu den USA anzuhängen, muss sich Deutschland als Lokomotive der europäischen Integration und als Vermittler zwischen den westlichen Kontinenten positionieren. Will Deutschland seine außenpolitische Glaubwürdigkeit nicht vollends verspielen, muss es jetzt Visionen entwickeln für die Welt von morgen.

Anna Schwan (OV Wilhelmstadt) ist Beisitzerin im Präsidium der DGLI Berlin

Gastkommentar

Für eine solide Steuer- und Haushaltspolitik

von Hermann Otto Solms

Die Strategie der FDP ist es, durch eine verantwortungsbewusste und zukunftsweise Finanzpolitik die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung zu schaffen und damit eine nachhaltige Konsolidierung der Staatsfinanzen zu erreichen. Nur durch Steuerentlastung kann Wachstum entstehen, nur durch Wachstum gibt es mehr Beschäftigung, nur durch mehr Beschäftigung ist Haushaltskonsolidierung möglich.

Wir sind die einzige Partei in Deutschland, die ein geschlossenes Konzept für eine umfassende Reform der Einkommens- und der Unternehmens-Besteuerung vorgelegt hat: Zukünftig gilt ein einfacher und niedriger Stufenttarif mit den Steuersätzen 15%, 25% und 35%. Für Unternehmen endet der Stufenttarif rechtsformneutral bei 25 % – bei Wegfall der Gewerbesteuer und einer gemeinfreundlichen Ersatz-Finanzierung. Das Steuerrecht wird durch den umfassenden Abbau von steuerlichen Ausnahmen und Vergünstigungen vereinfacht und damit endlich gerecht. Wir erreichen für alle Unternehmen in Deutschland ein international wettbewerbsfähiges Besteuerungsniveau. Insgesamt werden Bürger und Unternehmen nach Wegfall der steuerlichen Ausnahmen im Umfang von 17 bis 19 Mrd. Euro entlastet. Diese Entlastung ist als Impuls für Investitionen und mehr Arbeitsplätze dringend erforderlich.

Die Steuerentlastung muss mit einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte Hand in Hand gehen. Steuersenkungen und Haushaltkonsolidierung schließen sich nicht aus, sondern sind gleichzeitig möglich und erforderlich. Dafür ist Deutschland selbst das beste Beispiel: In den Jahren 1986, 1988 und 1990 wurden die Steuern in drei Schritten um 10,9 Milliarden, 13,7 Milliarden und 39 Milliarden DM gesenkt. Das Steueraufkommen in Deutschland ist in der gleichen Zeit um 115 Milliarden DM gestiegen. Das ist der Beweis: Steuerentlastungen führen zu Investitionen und diese wiederum zu mehr Arbeitsplätzen. Zwischen 1985 und 1990 sind über



drei Millionen Bürger wieder in Lohn und Brot gekommen.

Verantwortungsbewusste Haushaltspolitik kann auf weit reichende Einschnitte in alle Bereiche der öffentlichen Ausgaben nicht verzichten. Die deutlich überhöhte Staatsquote von rund 50% – ein Wert, der eigentlich sozialistische Planwirtschaften und nicht Marktwirtschaften kennzeichnet – muss gesenkt werden. Es darf nur das verteilt werden, was auch erwirtschaftet wird. Dazu hat die FDP eine Reihe notwendiger Maßnahmen vorgeschlagen. Bereits in den Haushaltsberatungen zum Bundeshaushalt 2005 haben wir in über 400 Anträgen Einsparvorschläge mit einem Volumen von 11 bis 12,5 Mrd. Euro gemacht. Zusammen mit weiteren strukturellen Maßnahmen schlagen wir eine Entlastung der öffentlichen Haushalte in Höhe von rund 35 Milliarden Euro vor. Bei konsequenter Umsetzung unserer Vorschläge kann diese Summe noch erheblich überschritten werden.

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ist zum Ausgleich der Entlastungen aus unseren Steuervorschlägen nicht erforderlich. Im Gegenteil: Einschneidende Reformen werden nur dann politisch durchzusetzen sein, wenn der heilsame Druck der leeren Kassen keine andere Wahl lässt. Wer jetzt von Steuererhöhungen redet, gefährdet Strukturveränderungen bei staatlichen Transfersystemen und mindert Druck auf die Kürzung staatlicher Ausgaben. Wohin vollmundig angekündigte Reformversprechen führen, wenn man gleichzeitig neue Finanzierungsquellen sprudeln lässt, zeigt sich eindrücklich bei der so genannten ökologischen Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung. Bürger und Unternehmen zahlen jährlich rund 19 Mrd. Euro zusätzlicher Steuern: Eine zukunftsweise Reform der Rentenversicherung ist entgegen der Ankündigungen jedoch ausgeblieben, die Rentenversicherungsbeiträge steigen weiter. In dieses Dilemma darf eine neue Bundesregierung nicht geraten. Mit unseren konkreten Vorschlägen setzen wir Maßstäbe. Nach einer erfolgreichen Bundestagswahl können und werden wir die Arbeit an der Erneuerung Deutschlands unverzüglich aufnehmen.

Dr. Hermann Otto Solms MdB ist Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Schatzmeister der Bundes-FDP und Architekt des FDP-Steuerkonzeptes

Zum Thema

Partei der Bürgerrechte

von Thomas Plechatsch-Waterstraadt

Verfolgt man aufmerksam Nachrichten und Parteiprogramme, dann stellt man fest, dass es die FDP ist, welche sich unter allen Parteien für die Bürgerrechte einsetzt.



Wahrnehmbar wird dies z.B. bei dem ‚Bankgeheimnis‘ – welches nicht gesetzlich, sondern in den AGBs der Banken intern geregelt ist. Die dort formulierte Verschwiegenheit der Banker stieß deshalb schon bisher im Strafverfahren und bei Verdacht von Geldwäsche an ihre Grenzen. Der 11. September 2001 führte dann zu erheblichen Verschärfungen in vielen Lebensbereichen. Terrorbekämpfung - mittels dieser Begründung darf daher bereits seit dem 21.06.2002 das Bundesaufsichtsamt für Finanzdienstleistungen alle Kontostammdaten einsehen. Im März 2004 erklärte dann das Bundesverfassungsgericht die Besteuerung bei Spekulationsgewinnen für verfassungswidrig – wegen mangelnder Kontrollmöglichkeit. Die Antwort: Das „Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit“. Seit dem 01.04.2005 dürfen nunmehr viele weitere Behörden, z.B. Bafög-Stellen, Stammdaten abrufen.

Statt mehr Kontrolle wäre es angebracht, das deutsche Steuerrecht zu vereinfachen und Bürokratie abzubauen. Die neue Einsichtsmöglichkeit von Bafög-Stellen ist im Übrigen eindeutig keine Maßnahme, um Multimillionäre zu kontrollieren. Ob sich die Menschen von der kreativen Namensgebung und auch der aktuellen Debatte zur Reichensteuer irritieren lassen?

Darüber hinaus muss man fragen, ob es annehmbar ist, wenn nun auch zivile Flugzeuge bei Terrorgefahr abgeschossen werden dürfen – oder beim Ladendieb Gentests erfolgen. In den USA wird gerade eine Website online geschaltet, die Name und Anschrift von Schwerstverbrechern offen legt. Man muss ja wissen, wer in der Umgebung lebt.

Wer nichts zu verbergen hat, den stören derartige Einsichten nicht, hört man oft. Es geht natürlich nicht darum etwas zu verbergen, sondern zu einer freien Gesellschaft gehört es, die Privatsphäre zu respektieren und Bürger nicht allgemein zu kriminalisieren.

Thomas Plechatsch-Waterstraadt ist Mitglied im OV Friedrichstadt

Zum Thema

Bildersturm, Palastträume

von Petra Weckel

Nach ihrem Scheitern werden die Idole gestürzt. Dieser Devise folgten die Bilderstürmer des ausgehenden Mittelalters. Und auch heute scheitern Regierungen an zu wenig Kompetenz, zu vielen Versprechen, zu wenig Ehrlichkeit – was auch immer. Und die Idole werden gestürzt – heute durch den zivileren Akt der Abwahl.



Berlins Mitte soll schöner werden. Nicht nur durch ein neues Schloss, das vor allem das Stadtbild und die städtische Regierung zieren soll. Auch Berlin als Hauptstadt will seine alten Idole stürzen. Eidolon – das Wunschbild: Der Palast der Republik, die sozialistische Staatskrone, wird geschleift. An seine Stelle soll ein preußisches Puppenstübchen wieder erstehen. Die prachtvolle Fassade soll die innere Morbidität verbergen.

Palast – das ist ein weitläufiger Bezirk der Machtrepräsentation, prachtvoll und einschüchternd. Die Akropolis wird gemeinhin als Palast verstanden, auch wenn sie eigentlich ein religiöser Ort war. Welcher Gegensatz ist dazu das ‚Schloss‘. Ein Schlösschen. Die Akropolis könnte nie als Schloss bezeichnet werden. Der Begriff des Schlosses und der Wunsch nach einem solchen drückt die mentale Sehnsucht nach romantischer Utopie, nach Märchen und Heilung aus der zerrissenen Gegenwart aus. Schleift die Paläste, den Palast der Republik, der lange genug ein Symbol der verkehrten Staatspräsentation war. Unter dem Deckmäntelchen der vermeintlichen Basisdemokratie verdichtete sich hier die Macht der Repression. Schleift die Paläste. Mit erhöhter Kunst geht dies heute zu. Das Gebäude wird zunächst bautechnisch entkernt und gereinigt. Die Asbestbeseitigung ist nur die Metapher für die Reinigung eines Ortes, der traditionell aufgeladen ist mit Aufgaben der Präsentation. Durch die Bauarbeiter gereinigt, durch unternehmungslustige Künstler noch mal geklärt und mit neuen Energien versehen, soll nun dort ein Schloss entstehen, wie wir es uns in abgründiger Naivität als Heilung des mittleren Stadtbildes vorstellen. Welch ein Kurzwaren-Wunsch. Ich bin für den Palast, für eine kreative Nutzung und die ständige auch optische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte, den Formen der Machtrepräsentation, ihren bizarren Manifestationen.

Petra Weckel ist Mitglied im OV OT

Aus dem Abgeordnetenhaus

Kinder-Tages-Betreuungs-Reform – nicht begeistert

von Sonning Augstn

Das „Gesetz zur Weiterentwicklung des bedarfsgerechten Angebotes und der Qualität von Tagesbetreuung“ wurde am 12. Mai 2005 ins Abgeordnetenhaus eingebracht und bereits in der Sitzung am 9. Juni gegen die Stimmen der Opposition beschlossen. Mit dem Gesetz treten in mehreren Gesetzen umfangreiche Änderungen in Kraft. Vielen Änderungen steht die FDP-Fraktion kritisch gegenüber:



Übernahme der Horte in die Verantwortung der Schulen künftig als schulergänzende Betreuung: Die FDP-Fraktion kritisiert, dass die Jugendhilfestandards letztlich aufgegeben werden. Das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern und die Beteiligungsrechte werden eingeschränkt. Der Erfahrungsschatz und das Bürgerengagement der Schülerläden geht verloren.

Überführung bezirklicher Kitas in sechs Eigenbetriebe: Die FDP-Fraktion tritt für eine Überführung aller Kitas in freie Trägerschaft ein. Es ist mit finanziellen Verlusten durch die Eigenbetriebe zu rechnen, auch sollten Kitaufsicht und Kitabetrieb nicht in den gleichen Händen liegen.

Einführung des Berliner Bildungsprogramms für Kitas: Die personellen Voraussetzungen zur Umsetzung wurden nicht geschaffen.

Die Einschulung ein halbes Jahr früher (mit 5 ½ Jahren): Die Vorschule als bewährte Einrichtung fällt weg. Der Einsatz der Vorschulerzieherinnen mit deren Erfahrungsschatz wird nicht hinreichend genutzt. Der zusätzliche Raumbedarf kann wegen der früheren Einschulung und der schulergänzenden Betreuung mit den vorhandenen Kapazitäten nicht gedeckt werden.

Diese und weitere übereilt beschlossenen Änderungen überfordern die Betroffenen (Eltern, Erzieher, Lehrer, freie und bezirkliche Träger sowie die Verwaltung). Ihnen vergeht die Begeisterung für durchaus notwendige Änderungen (z.B. Einführung der verlässlichen Halbtagsgrundschule zum neuen Schuljahr), die halbherzig und übereilt umgesetzt werden. Betrüblich ist, dass all dies unsere Kinder ausbaden müssen.

Dr. Sonning Augstn (BV Steglitz-Zehlendorf) ist jugendpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion

Aus der Landespartei

Mit beiden Stimmen FDP

von Maren Jasper

Nach der erfolgreichen Landeswahlversammlung hat der Landesvorstand die Aufgabe, die wohl diesen September stattfindende Wahl vorzubereiten.



Neben operativen Fragen – wie dem Umzug der Landesgeschäftsstelle – ging es natürlich um die Strategie der Bundes- und der Landespartei. In der Diskussion unter den Landesvorstandsmitgliedern ist dabei deutlich geworden, dass der Drang die inhaltliche Eigenständigkeit der FDP zu betonen, stärker ausgeprägt zu sein scheint als auf der Bundesebene. Zwar wurde in der Diskussion argumentiert, dass es vernünftig sei, den Wählern (evtl. auch auf Plakaten) zu verdeutlichen, dass für uns insbesondere die Zweitstimme erfolgsentscheidend ist, die große Mehrheit der Anwesenden betonte aber auch, dass wir in den Wahlkreisen unserer Stadt den Bürgern hervorragende Persönlichkeiten als Direktkandidaten anbieten, die die Konkurrenz mit anderen Parteien nicht fürchten müssen. Es gab wenig Neigung, auf die Werbung um Erststimmen zu verzichten.

Wir streben eine gemeinsame Regierungsübernahme mit der Union an, gerade um die notwendigen ökonomischen Reformen auf den Weg zu bringen. Dennoch gibt es programatisch zahlreiche Punkte, die uns von der Union trennen. In der Innen- und Rechtspolitik, bei der Forschungspolitik, ja selbst mit Teilen der Union bei der Steuer- und Arbeitsmarktpolitik gibt es erhebliche Differenzen. Hinzu kommt, dass das personelle Angebot der Berliner CDU gegenwärtig kaum zu überzeugen vermag. Gerade nach einem Vergleich mit den liberalen Kandidaten würde die FDP an Glaubwürdigkeit verlieren, würde Sie zur Wahl der Direktkandidaten der CDU aufrufen und sich auf einen „Deal“ einlassen, um die Zweitstimmen zu kassieren. Welchen Vorteil sollten wir von einer solchen Kampagne haben? Gibt es uns ein höheres Gewicht bei möglichen Koalitionsverhandlungen? Eher das Gegenteil ist der Fall. So war die Positionierung im Landesvorstand ganz eindeutig und einmütig: wir wollen jede Stimme, weil die FDP die bessere Konzepte und bessere Personen anbieten kann.

Maren Jasper (OV OT) ist Beisitzerin im Landesvorstand der Berliner FDP

Berichte aus Mitte

Böll im Krausnick-Park verhindert

Peter Pawlowski von der BVV-Fraktion

Das Vorhaben der Heinrich-Böll-Stiftung, im Krausnickpark eine Erweiterung ihrer Büros zu bauen, konnte gestoppt werden. Henner Schmidt (FDP) und Sven Dietrich (PDS) hatten schon länger den Plan, auf einer der wenigen öffentlichen Grünflächen in der Spandauer Vorstadt, einen Neubau der Heinrich-Böll-Stiftung errichten zu wollen, scharf kritisiert. Nach Meinung der Liberalen und der PDS widersprach dies den festgelegten Sanierungszielen. Deren Änderung sei angesichts des Büroleerstandes nicht zu verantworten. Die Debatte wurde von den heftigen Protesten des Bürgervereins Krausnickpark begleitet, der ehrenamtlich die Parkanlage pflegt und für den Erhalt der Grünfläche in ihrem jetzigen Zustand kämpft. Mit Erstaunen musste die Fraktion der FDP dann feststellen, dass die sonst für ihre investitionsfeindliche Politik so bekannte Stadträtin Dorothee Dubrau (Grüne) diesmal keine Bedenken gegen den Neubau geäußert hat. Und das, obwohl Teile des Parks vernichtet würden, und ein Bürogebäude dem denkmalgeschützten Nachbarbau direkt vorgesetzt würde. In geheimer Abstimmung haben sich gegen die Pläne der grünen Stadträtin 27 Verordnete, dafür 24 ausgesprochen (es haben also mindestens 6 Verordnete von CDU und SPD entgegen ihrer Fraktionslinie mit uns gegen den Bau gestimmt!). Das war nun die Mehrheit. Nun muss sich die Heinrich-Böll-Stiftung nach einem anderen Standort umschauen. Wir würden uns freuen, wenn die Stiftung eines der leeren Bürogebäude in Mitte beziehen würde.

Ein schwarzer Tag für Stadträtin Dubrau - Autobahn über den Nordbahnhof gestoppt
Die geplante autobahnähnliche Straße über den Nordbahnhof („Innenstadtring“) konnte vorerst gestoppt werden. Bei der Beratung des Bebauungsplans Nordbahnhof war die Fraktion der FDP nicht bereit, die sinnlose Straßenplanung zu akzeptieren. Hier ist nämlich vorgesehen, eine vierspurige Straße (32 m breit) direkt in eine der größten Stau-Engpässe der Stadt (Kreuzung Invalidenstr./ Chausseestr.) zu bauen. Als „Eiktettenschwindel“ bezeichnete diesen Plan Peter Pawlowski (FDP). In Wirklichkeit handle es sich um die Schließung des geplanten Innenstadtringes und nicht um die Errichtung von Erschließungsstraßen für das Nordbahnhofgelände. Die

Realisierung des Bebauungsplans in seiner jetzigen Form würde zu einer enormen Lärm- und Abgasbelastung für die Anwohner führen. Seit Monaten kämpft die Bürgerinitiative Invalidenstraße deshalb engagiert gegen die Pläne des Bezirksamtes. In der FDP haben die Anwohner ihren treuesten Verbündeten gefunden. Trotz massiven Druckes seitens der Stadträtin Dubrau und des Bezirksbürgermeisters Zeller konnten die Liberalen alle Fraktionen (mit Ausnahme der CDU) überzeugen, den Bebauungsplan erneut in den zuständigen Ausschuss zu überweisen und dort zu ändern. Damit ist dem Plan der Giftzahn „Innenstadtring“ gezogen worden. Der Innenstadtring muss jetzt nach Recht und Gesetz als solcher genehmigt werden – was angesichts der Tatsache, dass jetzt schon Tempo 30 aus Belastungsgründen in der Invalidenstraße angeordnet wurde, wohl schwierig wird.

Großes Lob für die engagierte und kompetente Bürgerinitiative. Vielleicht interessieren sich auch FDP-Mitglieder aus dem Kiez für die Mitarbeit.

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Telefon 2009 24 365, Fax 2009 24 363

Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

www.fdp-fraktion-mitte.de

Kolonialzeit in Mitte

von Peter Lundkowski, Bürgerdeputierter

Auf Beschluss der BVV wurde ein von der PDS gestellter Antrag zum Thema „Kolonialismus und Rassismus im öffentlichen Straßenbild des Bezirks Mitte“ intensiv auf mehreren Sitzungen des Ausschusses für „Bildung und Kultur“ behandelt. In der Unterarbeitsgruppe „Straßennamen“ wurde die Diskussion, insbes. zur Umbenennung der Mohrenstraße und zum Afrikanischen Viertel, sogar mit einer Anhörung fortgesetzt. Auch die Gedenktafelkommission behandelte dieses Thema. Die Resonanz in der Öffentlichkeit war heftig - insbes. zum Ziel, Straßennamen umzubenennen. Nach all dieser Vorarbeit hat dann die BVV gegen die Stimmen der CDU einen Kompromiss beschlossen: Das BA soll die Bildung eines politisch-zivilgesellschaftlichen Forums zum Thema „Kolonialismus und Rassismus im öffentlichen Straßenbild...“ unterstützen. Das Ziel des Forums soll darin bestehen, der BVV einen Katalog von geeigneten Maßnahmen im Sinne einer kritischen Brechung des kolonialen Afrikabildes vorzulegen.

Die 1. Sitzung des Forums fand am 16. Juni statt - und begann mit einer Überraschung: von den BVV-Verordneten waren nur der Einzelverordnete Ziermann und ein FDP-Vorsteher anwesend. Weder SPD, noch PDS oder die Grünen waren vertreten, obwohl sie die Einrichtung dieses Forums massiv gefordert hatten; auch vom Bezirksamt war niemand gekommen. Hat man nur zugestimmt, um die engagierten Bürger zu beruhigen? Oder haben einige Proteste einen Sinneswandel herbeigeführt?

Nachdenken am Stelenfeld

Stefan Scholz vom OV Friedrichstadt

An die vierzig Freunde und Mitglieder des OV Friedrichstadt versammelten sich am 14. Juni zu einer Führung am kürzlich fertig gestellten Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Die kontroverse Diskussion im Vorfeld der Entstehung lockte die Interessenten trotz andauernder Regengüsse an den Ort der 2.711 Stelen – oder 2.711 Steine des Anstoßes? Antworten auf diese Frage bot Chaja Boebel. Die versierte Historikerin führte die Besuchergruppe nicht nur einfühlsam und kompetent durch den Ort der Information und über das wellenförmige Stelenfeld. Sie entflocht gekonnt das Geäst der unterschiedlichen Meinungsbilder zur Entstehungs geschichte und Umsetzung des Denkmals und ließ doch genug Raum für eigene Interpretationen. Ob „vorgetäuschter Friedhof“ (Daniel Liebeskind) oder Ort der Meditation (Architekt Peter Eisenman): Die Diskussion wird anhalten – somit aber auch die Beschäftigung mit Holocaust und Antisemitismus. Und damit erfüllt das Mahnmal seine wichtigste Funktion überhaupt.

Wahlkampf ante portas

Katja von Maur vom OV Tiergarten

Die Vorstandssitzung des OV Tiergarten am 14. Juni stand ganz im Zeichen des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes und der Wahlen am 18. und 19. Juni, die zu besprechen und vorzubereiten waren. Volle Unterstützung gilt unserem Ortsverbandsmitglied und Wahlkreiskandidaten, Dr. Tim Stuchey, dem beliebten Wirtschaftsexperten, Familievater und Vorkämpfer in Sachen Bildungspolitik. Angeregte Diskussionen gab es zu den Wahlkampfthemen Bürgerrechte, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik und wie wir unsere Kompetenz am besten vermitteln können. Klar ist, dass die heiße Wahlkampfphase am 15. August starten wird und wir unsere Aktionen auf diesen Zeitraum konzentrieren.

Sommerfest

Jan Valentin Deichsel vom OV OT

Am 2. Juli lud der Ortsverband Oranienburger Tor zu seinem traditionellen Sommerfest. Bei sommerlichen Temperaturen fanden sich in diesem Jahr wieder mehr als 70 Gäste aus OT, Mitte und den anderen Bezirken im Garten von Dr. Moll in der Nähe des Weißen Sees ein. Der Ortsvorsitzende Christian Platzer begrüßte die Gäste und nahm das Fest zum Anlass, nach dem am Vortag erfolgten Abtritt des Bundeskanzlers die Wahlkampfphase einzuläuten. Der Landesvorsitzende Markus Lönning, der seinen Geburtstag im liberalen Sommerambiente feierte, machte erneut die Notwendigkeit eines Regierungswechsels deutlich. Dr. Tim Stuchey, Direktkandidat für den Wahlkreis Mitte, rief die Gäste auf, die Gelegenheit zum Regierungswechsel tatkräftig zu unterstützen und damit dem liberalen Profil einer neuen Regierung das erforderliche Gewicht zu verleihen. Bei köstlicher Versorgung mit Grillfleisch und guten Getränken bot das Sommerfest den Gästen bis zu seinem späten Ende einen rundum gelungenen Sommerabend.

Künstler: Liberale Lobby

Anno Blissenbach vom OV Wilhelmstadt

„Freiberufliche Künstler: chancengleiche Unternehmer oder Schein-Selbständige am grauen Markt?“ lautete das bewusst provokative Thema der Veranstaltung, die der OV Wilhelmstadt in Zusammenarbeit mit dem Liberalen Wirtschaftsforum Berlin (Landesverband der Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand) am 13. Juni im Abgeordnetenhaus durchführte. Es war gelungen, den von der Enquete-Kommission des Bundestages ‚Kultur in Deutschland‘ beauftragten Gutachter Christian Scheibler, Leipzig, als Referent zu gewinnen. Seine durch Fakten und statistische Erhebungen untermauerten Thesen wurden von den Mitgliedern der vier eingeladenen Landesfachausschüsse (Kultur/Wirtschaft/Schule/Soziales) und den anwesenden Künstlern engagiert diskutiert. So erhielt Scheibler Feedback, welches er zur Erstellung des Enquete-Kommisions-Gutachtens ‚Existenzgründung und Existenzsicherung für selbstständig und freiberuflich arbeitende Künstlerinnen und Künstler‘ braucht. Ein Ziel des Initiators und Moderators (Redakteur des Artikels) – wirksame Lobbyarbeit für Künstler – wurde somit unter liberalen Vorzeichen realisiert.

Personalien

(au) Am 18.06. wählten die im Bundestagswahlkreis Berlin-Mitte lebenden FDP-Mitglieder in einer von liberaler Begeisterung geprägten Versammlung unseren HU-Wissenschaftsmamager **Tim Stuchtey** (Foto, Tiergarten), zum Wahlkreiskandidaten. Folgetags bestellte die Bundeswahlversammlung der Berliner Freiheitsfreunde die Landesliste zur Wahl. Zum Spitzenkandidaten wurde erwartungsgemäß – und nach einer grandiosen Wahlrede – unser ebenfalls in Mitte wohnender Landesvorsitzender **Markus Löning** MdB (Foto, Steglitz-Zehlendorf) gewählt, auf Platz 2 – auch er ohne GegenkandidatIn – **Hellmut Königshaus** MdB (Steglitz-Zehlendorf). Erfolge für den BV Mitte gab es auf 3 und 4, als sich zuerst die stellv. Landesvorsitzende **Gaby Heise** (Friedrichstadt), Wahlkreiskandidatin in ihrem Wohnort Pankow, und dann in spannender Abstimmung Tim Stuchtey gegen **Jürgen Schick** (Cha-Wi) durchsetzte.

(au) Als Mitglieder der von **Dirk Niebel** zu leitenden Kommission der Bundes-FDP, die Vorschläge zur Reform des Kammer-Unwesens erarbeiten soll, wurden u.a. unser Bezirksvorsitzender **Henner Schmidt** (Friedrichstadt), sowie Stadtrat **Bernhard Skrodzki** (Cha-Wi) berufen.

(au) Unser Berliner FDP-Landesgeschäftsführer **Horst Krumpen** ist seit der jüngsten Mitgliederversammlung der Berliner Sektion der Deutschen Gesellschaft für Liberal International e.V. (DGLI) deren neuer Präsident. Zum Stellvertreter wurde **Mirko Dragowski** (Tempelhof-Schöneberg) gewählt, DGLI-Urgestein **Hans Werner Bepler** (Reinickendorf) ist Geschäftsführer und neben **Hartmut Ebbing** (Tempelhof-Schöneberg) und **Jens Loschwitz** (Cha-Wi) finden sich mit **Anna Schwan** aus Wilhelmstadt und LC-Chefredakteur **Nils Augustin** (OT) auch zwei Parteifreunde aus Mitte im Präsidium wieder. Eine Aufgabe ist es nun, die operettenhaften Zustände im DGLI-Bundesverband durch einen personellen Neubeginn dort zu beenden.

(au) Den Walter-Scheel-Cup, einen Golf-Wanderpokal für das beste Netto-Ergebnis eines FDP-Mitgliedes beim gleichnamigen Golfturnier in Bad Saarow, hätte **Heiko Müller-Nick** (Friedrichstadt) gewonnen – wenn nur nicht **Guido Westerwelle** spontan eine besser platzierte Dame in die Partei aufgenommen hätte. Zur Zeit wird geklärt, wer den Pokal endgültig bekommt.



(au) Langweilig wird es nie im BV Charlottenburg-Wilmersdorf. In der unterhaltsamen Auseinandersetzung zur Verfügungsgewalt über die interaktive Webseite www.liberalis.de setzt sich der Administrator und Wilmersdorfer Ortsvorsitzende **Björn Jotzo** gegen seinen Vorgänger im Ortsvorsitz und jetzigen Bezirksvorsitzenden **Alexander Ritzmann** MdA durch – die Trägerschaft liegt nun bei der BVV-Fraktion, andere Bezirksverbände sollen in das Projekt integriert werden können. Bewegung auch in der Mitgliedschaft: **Rolf-Peter Lange**, Ex-Landesvorsitzender der Berliner FDP und jüngst als Gegenkandidat um den Wilmersdorfer Ortsvorsitz gegen Jotzo unterlegen, will aus seinem Domizil zum OV Charlottenburg-City wechseln, dessen Vorsitzender **Sebastian Jungnickel** sich auch über rund 20 weitere neue Mitglieder freuen kann, die Lange seine Reise nicht alleine antreten lassen wollen. Den sensationellsten Neuzugang gibt es allerdings: nicht zuletzt dank charmantem Werben von **Christoph Meyer** MdA – die verlorene Tochter **Sophie-Charlotte Lenski** (Foto) zur Rückkehr in die Partei der Freiheit entscheiden konnte. In den wilden Jahren der Berliner Liberalen war Lenski im Rahmen des studentischen Übernahme-Projekts PAM zur FDP gestoßen und während der heftigen Auseinandersetzung im BV Tempelhof-Schöneberg zur Bezirksvorsitzenden gewählt worden,

In den wilden Jahren der Berliner Liberalen war Lenski im Rahmen des studentischen Übernahme-Projekts PAM zur FDP gestoßen und während der heftigen Auseinandersetzung im BV Tempelhof-Schöneberg zur Bezirksvorsitzenden gewählt worden, wo sie sich dann als energischer Stachel im Fleisch unappetitlicher Rechtsnationalisten um Klaus G. entpuppte. Später war auch Lenski aus der Partei ausgetreten, aber stets gern gesehener Gast auf liberalen Parties geblieben.

(au) Die Berliner CDU hat einen jungen Hoffnungsträger verloren – und die FDP konnte mit dem Marzahn-Hellersdorfer Bezirksverordneten **Sebastian Czaja** ein neues Mitglied begrüßen. „Jugend, Bildung und Familie sind die wichtigen Politikfelder, um gerade jungen Menschen eine Perspektive in Zeiten des demographischen Wandels aufzuzeigen. Die Bedeutung dieser Themen hat die FDP erkannt. Auch heißt Politik für mich, allen Menschen die Möglichkeit eines Mitgestaltens zu geben und sie nicht wegen ihrer Herkunft oder Lebensanschauung auszugrenzen. Deshalb habe ich mich für den Wechsel zur FDP entschieden,“ sagt Czaja – und erwartet, dass weitere folgen. Jedenfalls konnten die FDP-Abgeordneten in der BVV mit dem Dritten im Bunde jetzt eine Fraktion bilden – der Gründungsvorsitzende ist **Christian Thonfeld**.

Leserbriefe

Sascha Tamm (OV OT)

Am Wochenende versammelten sich viele gute Menschen mit schlechtem Gewissen in verschiedenen Städten zu Konzerten. Ihr Ziel: Schuldenrlass und mehr Geld für Afrika. Die Adressaten: Die Regierungschefs der G8. Diesem Aktionsismus liegt die völlig irrite Vorstellung zu Grunde, dass zu wenig Geld oder zu wenig Hilfe der Hauptgrund für Hunger und Elend in Afrika sei. Der richtige Weg heraus aus der Armut ist ein anderer. Sein Erfolg kann in anderen Regionen beobachtet werden, z. B. in Südostasien oder zunehmend in Indien. Menschen hungern dann nicht mehr, wenn ihnen ermöglicht wird, selbst produktiv und damit unabhängig von Almosen zu werden. Dafür sind zwei Faktoren entscheidend: Im Inneren muss es eine Marktwirtschaft und die Möglichkeit geben, Eigentum zu erwerben und zu schützen. Heute gibt es in Afrika fast überall Staats- und Klientelwirtschaft. Außerdem muss der Zugang zu den externen Märkten offen sein – hier liegt das wahre Verbrechen der reichen Staaten an den armen. Es kann durch noch so viele Almosen nicht gelindert werden.

Sören Rößner

Sehr geehrte Frau Jasper, zu Ihrem Auftritt auf dem letzten FDP-Bundesparteitag, der auf Phoenix zu sehen war, möchte ich Ihnen gratulieren und Sie nachdrücklich in Ihrem Anliegen bestärken, eine nachhaltige und zukunftsorientierte Umweltpolitik auch in der FDP zu etablieren. Gerade im Hinblick auf die zu erwartende baldige Regierungsbeteiligung der FDP auf Bundesebene ist es wichtig, dass auch in dieser Richtung die richtigen Prioritäten gesetzt und insbesondere die Bereiche Umwelt und Wirtschaft nicht als unvereinbare Gegensätze angesehen werden. Ich bin zwar parteipolitisch ungebunden, sehe aber in beiden kleinen Parteien wichtige liberale Korrekture der großen Volksparteien. Bei der FDP habe ich bisher jedoch vor allem schlüssige und mit innerer Überzeugung vertretene Konzepte für eine marktwirtschaftlich ausgerichtete Umweltpolitik vermisst. Es ist daher sehr zu begrüßen, wenn Sie mit Ihrem Engagement dazu beitragen, dass die Partei ihr umweltpolitisches Profil schärft. Sollte das gelingen, wäre die FDP sicher für eine Vielzahl von bisherigen Grünen-Wählern eine echte Alternative. Daneben könnte das auch mich ein Grund sein, mich entsprechend zu engagieren. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen für die Durchsetzung Ihrer politischen Ziele viel Erfolg

Schlusswort

CSD zum Köpfchen zeigen

von Stefan Scholz

Da tanzten sie wieder. Über eine halbe Million Schwule und Lesben demonstrierten am letzten Juni-Samstag in ausgelassener Feierlaune für ihre Gleichstellung in unserer Gesellschaft. Auch die „frechen Früchtchen“ (Teil der liberalen CSD-Kampagne „Mehr Freiheit, mehr Vielfalt!“) der FDP und Julis waren in blau-gelber Karnevals-Manier in Bestimmung vertreten. Nur wenige Meter vor dem freiheitlich anmutenden Vierzigtonner: Das physisch eher klein dimensionierte Wägelein des grünen Wettbewerbers.

Ginge es also rein nach sichtbarer Masse, hätte der liberale Auftritt schon als gewichtiger Fels in der Brandung gelten können, welcher der klerikal und konservativen homophoben Stimmungswelle in der Gesellschaft Paroli bietet. Doch Masse ist leider nicht immer gleich Klasse – und dies ist ausdrücklich nicht den feiernden Julis anzulasten. Der Kameraschwenk des RBB endete leider viel zu häufig bei der Farbe grün.

Vielleicht weil gelb nicht telegen genug ist. Vielleicht aber auch, weil Herr Ströbele und Frau Künast besser wirken als ein fehlender Parteivorsitzender oder eine generell abstinente Bundesprominenz (Dank gilt dagegen unserem mit-demonstrierenden Landesvorsitzenden Markus Löning und natürlich Michael Kauch). Da könnte das Guidosche Zitat: „Mir ist wichtig: Wer gleiche Pflichten hat, soll auch gleiche Rechte haben.“ fast schon als bloßes Luppenbekenntnis gelten, wüsste man nicht um die persönlichen Umstände des Urhebers. Es mag lustiger sein, in Köln zu feiern statt in der Bundeshauptstadt.

Doch die Presse hätte es durchaus goutiert, stände der Vorsitzende einer Bürgerrechtspartei auch einmal an der vordersten Front, wenn es wirklich darum geht, Flagge zu zeigen. Angeichts der uns bereits symptomatisch unterstellten „Kopflosigkeit“ hätte eine Präsenz auf dem Berliner CSD sicherlich eine vorzügliche Gelegenheit geboten, den Skeptikern den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Glaublich werden wir dann, wenn der Steuermann und seine Crew nicht nur in Steuerfragen auf dem Deck erscheinen, sondern auch Themen wie Bürgerrechten ein Gesicht (!) geben.

(au) Dank für perfekte Organisation geht an den JuLi-Landesvorsitzenden **Tommy Diener** und Stellvertreter **Steffen Warmbold** (JuLis Mitte).

Termine

Juli 2005

- 12.07 18.30h FNSt: **Filmvorführung und Podiumsdiskussion** – Thema: Qualität durch mehr Freiheit an Berliner Schulen! – mit Peter Altmiks, Mieke Senftleben u.a. – in der Humboldt-Universität, Hauptgebäude/2103 (Unter den Linden 6)
- 12.07 20.00h OV Wedding: **Vorstand** im Lindengarten (Nordufer)
- 13.07 20.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- und Interessententreffen** im Café Via Nova II (Universitätsstrasse 2-3a)
- 19.07 19.30h OV Friedrichstadt:: **Mitgliederversammlung** – Thema: Wahlen zum Deutschen Bundestag – im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 31.07 11.30h OV Tiergarten: **Brunch** – Thema: Wahlen zum Deutschen Bundestag – im Walhalla (Krefelder Str. 6)

August 2005

- 18.08 14.00h Bundesverband: **Symposium** Ost-Gipfel – mit Bundestags-Kandidat Tim Stuchtey u.a. – im Thomas-Dehler-Haus (Reinhardtstrasse)
- 24.08 19.00h **Diskussionsveranstaltung** im Wahlkreis 77 Pankow – mit Bundestags-Kandidatin Gaby Heise u.a. – im Frei-Zeit-Haus (Pistoriusstr. 23)
- 28.08 11.30h OV Tiergarten: **Brunch** im Walhalla (Krefelder Str. 6)

September 2005

- 08.09 18.00h **Podiumsdiskussion** der Landeskonferenz der Frauenbeauftragten an Berlins Hochschulen mit KandidatInnen zur BTW – Thema: Frauen in der Wissenschaft – mit Kandidat Tim Stuchtey u.a. – in der TU Berlin (Straße des 17. Juni 136)
- 10.09 LV Berlin: **Symposion und festliche Abendveranstaltung** – 60 Jahre Berliner FDP – Info unter www.fdp-berlin.de
- 11.09 Bundesverband: **Bundesparteitag** in Berlin, Info unter www.fdp-bundesverband.de
- 13.09 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 13.09 20.00h OV Friedrichstadt:: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 18.09 [geplant: **Wahlen zum Deutschen Bundestag**]

Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de

Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de

Vorstands-Sitzungen sind, soweit hier genannt, für Mitglieder öffentlich.

Das Programm der FDP zur BTW 2005 und weitere Materialen zur liberalen Politik finden Sie im Internet unter www.deutschlandprogramm.de

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.